

Das Jahr 2002 stellt die Senioren- vertretungen vor neue Herausforderungen

Seit 1. Januar 2002 ist das novellierte Heimgesetz in Kraft getreten und hat einige wichtige Verbesserungen für Heimbewohnerinnen und Heimbewohner fest geschrieben. Im Nachhinein muss hervorgehoben werden, dass die Interessenvertreter der Betroffenen um Stellungnahmen gebeten und zu Anhörungen eingeladen worden sind. Da es sich um ein Bundesgesetz handelt, war vor allem die Bundesseniorenvertretung gefragt. Deren 16 Mitglieder aus den Landesseniorenvertretungen haben im Vorfeld ihre Erfahrungen und Kompetenzen in die Verhandlungen eingebracht. Das Pflegequalitätssicherungsgesetz und das Pflegeleistungsergänzungsgesetz sind bundes- und landesweit in der Bearbeitung.

Aus der Sicht der Betroffenen ist zu begrüßen, dass eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Trägern und den Interessenvertretungen der Heimbewohner angestrebt wird. In der Mitgliederversammlung am 18. 03. 2002 werden die hierzu vorliegenden Anträge zu diskutieren sein.

Im neuen Heimgesetz sind erstmals örtliche Seniorenvertretungen erwähnt, die als beratende Mitglieder in die Heimbeiräte berufen werden können. Eine Mitentscheidung ist nicht möglich. Doch betrachten wir diese Beratungsmöglichkeit als einen weiteren, wichtigen Schritt, ältere Menschen nicht zu bevormunden und ihnen ein Altwerden in Würde zu ermöglichen. Ihnen wird mehr als bisher die Möglichkeit geboten, an einer aktiven Gestaltung ihres Lebens mitzuwirken. Mit den neuen Chancen der Mitwirkung stellt sich für kommunale Seniorenvertretungen die Aufgabe einer kompetenten Mitarbeit in den Heimbeiräten.

In der Geldleistung von rund 460 Euro pro Jahr für die ambulante Pflege dementer Personen in der Pflegestufe 1 bis 3 sehen wir, dass auf gesellschaftspolitischer Ebene

das Problem erkannt und ein erster Schritt in die richtige Richtung gesetzt wurde.

Wie und wo jemand seinen Lebensabend verbringen möchte ist eine individuelle Frage. Alle Bemühungen der Experten werden und können zu keinem eindeutigen Ergebnis kommen. Dem persönlichen Wunsch des Einzelnen - **ambulant vor stationär** - sind immer wieder vielerlei Grenzen gesetzt. Selbstbestimmt wohnen im Alter wollen

Fortsetzung auf Seite 2

Aus dem Inhalt:

Hintergrund - Wissen:
Interview zum Thema: Novel-
lierung des Heimgesetzes2

LSV-aktiv: Aus dem Vorstand3

Aus den Seniorenvertretungen ...7

Seniorenvertretungen stellen
sich vor: z.B. Iserlohn, Wesel.....9

Kultur: Schönheit des Alters12

Impressum 12

wir alle. Dazu gehört aber in erster Linie eine gute Wohnberatung (siehe Seite 4) und der Ausbau der komplementären Dienste.

Aufgabe der Seniorenvertretungen wird es weiterhin sein, Schwachpunkte zu erkennen, Hilfen anzubieten und verstärkt die Forderung

nach flächendeckenden qualifizierten Wohnberatungsstellen zu erheben.

Hiltrud Wessling

Hintergrund-Wissen:

Interview zum Thema: Novellierung des Heimgesetzes mit Jutta Giersch und Werner Friedrichs

Das novellierte Heimgesetz ist am 1. Januar 2002 in Kraft getreten. Die stellvertretende Vorsitzende des Seniorenbeirates der Landeshauptstadt Düsseldorf, Irmgard Scheinemann, sprach über die Auswirkungen mit Jutta Giersch, Projektleiterin "Älter werden in Düsseldorf" und Werner Friedrichs, Sachgebietsleiter der Seniorenhilfe der Landeshauptstadt Düsseldorf.

? Was hat sich im novellierten Heimgesetz gegenüber dem vorherigen geändert?

Antwort: Gegenüber dem bis Ende des vergangenen Jahres gültigen Gesetz haben sich folgende wesentliche Änderungen ergeben:

- Klarstellung hinsichtlich der Anwendbarkeit auf Betreutes Wohnen
- Verbesserung der Rechtsstellung der Heimbewohnerinnen und Heimbewohner
- Weiterentwicklung der Mitwirkungsmöglichkeiten des Heimbeirates
- Verbesserung der Eingriffsmöglichkeiten der Heimaufsicht
- Verbesserung der Zusammenarbeit von Heimaufsicht, den Pflegekasernen, dem Medizinischen Dienst der Krankenversicherung und den Trägern der Sozialhilfe
- eine Erhöhung des Stellenwertes der Beratung
- die Herstellung von mehr Öffentlichkeit

? Zum ersten Mal war es politisch gewollt, dass die Verbände, die die Interessen der Betroffenen vertreten, um ihre Meinung gebeten wurden. Sie haben das auch getan in ausführlichen Stellungnahmen. Hat sich diese Mitarbeit Ihrer Meinung nach im neuen Gesetz niedergeschlagen?

Antwort: Ja, an vielen Stellen im Gesetz wird der Verbraucherschutz gestärkt, z.B. in § 2, in dem die Würde der Bewohnerinnen und Bewohner ausdrücklich als Schutzgut aufgeführt

wird.

? Unter anderem sind doch auch die Mitwirkungsrechte von Seniorenbeiräten fest installiert worden. Wie beurteilen Sie eine solche Mitwirkung?

Antwort: Der Gesetzgeber hat mit dem neuen Heimgesetz die Mitwirkung der Heimbewohner deutlich durch die Öffnung des Heimbeirates für Angehörige und andere Vertrauenspersonen erweitert. Andere Vertrauenspersonen können auch örtliche Seniorenvertreter sein. Die neuen Mitwirkungsmöglichkeiten finden konkret ihren Niederschlag in der Heimmitwirkungsverordnung, die sich z.Zt. im Gesetzgebungsverfahren befindet und ab 2003 wirksam werden soll.

? Worauf müssen sich Seniorenbeiräte bei einer intensiveren Mitwirkung einstellen?

Antwort: Aus dem Entwurf der Heimmitwirkungsverordnung geht u.a. hervor, welche Aufgaben Heimbeiräte (gleich ob intern oder extern) wahrnehmen sollen. Die Aufgaben des Heimbeirates sind in § 29, die Mitwirkung bei Entscheidungen in § 30, die Mitwirkung bei Leistung von Finanzierungsbeiträgen in § 31 der im Entwurf vorliegenden Heimmitwirkungsverordnung beschrieben.

? Das neue Gesetz sieht auch eine Beteiligung der Heimbewohner und -bewohnerinnen bei der Sicherung einer angemessenen Qualität der Betreuung vor. Schaffen die Betroffenen das in allen Fällen allein oder ist hier nicht vielmehr eine konkrete Unterstützung durch die kommunalen Seniorenvertretungen notwendig?

Antwort: In der bereits mehrfach zitierten, im Entwurf vorliegenden Heimmitwirkungsverordnung ist vorgesehen, dass Heimbeiräten diejenigen Kenntnisse zu vermitteln sind, die für ihre Tätigkeit erforderlich sind. Die Kosten dafür übernimmt der Träger. Darüber hinaus kann der Heimbeirat bei der Wahrung seiner Aufgaben und Rechte fach- und sachkundige Personen seines Vertrauens hinzuziehen.

? Was müssen Seniorenvertretungen unternehmen, damit sie auf die kommenden Aufgaben vorbereitet sind?

Antwort: Das einzelne Mitglied einer Seniorenvertretung, das über das Wahlverfahren in einen Heimbeirat berufen wird, sollte an den angebotenen Fortbildungsveranstaltungen teilnehmen, z. B. um sich kundig zu machen für die Verhandlungen über Leistungs-, Vergütungs- und Qualitätsvereinbarungen.

? Zentrale Begriffe - Leitgedanken des neuen Gesetzes - sind die Würde und die Selbststimmung der Bewohnerinnen und Bewohner von Heimen vor Beeinträchtigungen zu schützen. Welche Beeinträchtigungen könnten das sein?

Antwort: Dass z. B. eine bestimmte Leistung vertraglich zugesichert, aber praktisch nicht erbracht wird.

? Erleichtert Ihrer Meinung nach die Neuregelung zu den Heimverträgen die Suche nach einem geeigneten Heimplatz oder worauf sollten Bewerber noch achten?

Antwort: Die Neuregelung zu den Heimverträgen schafft für Heimplatzsuchende Klarheit über das Leistungsspektrum der Einrichtung und ist somit eine wichtige Entscheidungshilfe.

? Werden die entsprechenden Verordnungen zum Heimgesetz ebenfalls verändert?

Antwort: Ja. Mit der Änderung der Heimmitwirkungsverordnung ist zum 01. 01. 2003 zu rechnen, die Änderungen zur Heimindestbauverordnung befinden sich noch im Entwurfsstadium.

? Zum Abschluss einen Blick in die Zukunft: Was könnte Ihrer Meinung nach im Heimgesetz noch verändert oder verbessert werden?

Mit dem vorliegenden Heimgesetz n. F. ist bereits ein Meilenstein erreicht auf dem Weg zur Stärkung und Sicherung der Verbraucherrechte. Die aufgezeigten Änderungen in die Praxis umzusetzen und zu leben bedeutet für alle Beteiligten eine hohe Herausforderung. Ein Handlungsbedarf wird z. Zt. bei der Regelung von Schnittstellen zu anderen Gesetzen, z.B. zum Pflegequalitätssicherungsgesetz, im Hinblick auf das Vertragsende von Heimverträgen gesehen.

LSV aktiv: Aus dem Vorstand

Neue Mitglieder in der LSV NRW:

Die Landesseniorenvertretung freut sich über die neuen Mitglieder und heißt die Seniorenvertretung des Kreises Borken und die Seniorenvertretung Rhede herzlich willkommen und wünscht ihnen eine erfolgreiche Arbeit. Bei Fragen und Unterstützungsbedarf steht die LSV gerne zur Verfügung. Kommen Sie auf uns zu!

Der Vorstand

Agenda 21

Agenda heißt, was zu tun ist! Und Agenda 21 ist das, was wir tun müssen, um in diesem Jahrhundert angenehm zu leben.

Der Umweltgipfel in Rio

1992 kamen Staats- und Regierungschefs aus fast allen Ländern der Erde in Rio de Janeiro (Brasilien) zu einem Gipfeltreffen zusammen, auf dem die Agenda 21 verabschiedet wurde. 178 Länder unterschrieben dieses knapp 300 Seiten lange Aktions- und Handlungsprogramm, darunter auch die Bundesrepublik Deutschland.

Die drei Dimensionen: Umwelt - Wirtschaft - Soziales

Die Unterzeichner der Agenda 21 gehen davon aus, dass sich ökologische, soziale und wirtschaftliche Probleme gegenseitig bedingen und nicht voneinander getrennt zu beheben sind. So können schlechte wirtschaftliche Bedingungen und Armut die Umweltzerstörung

Zur Erinnerung: Seminarangebote der LSV NRW April bis August 2002

- **25. bis 26. April** in Münster: Gemeinsam in die Zukunft. Informationen über kommunale Seniorenpolitik. Möglichkeiten der Zusammenarbeit von SV und kommunaler Verwaltung.
- **22. bis 24. Mai** in Königswinter. Führungskräfte in Seniorenvertretungen. Kommunikation, Zusammenarbeit, Präsentation, Rhetorik. Sie lernen wichtige Voraussetzungen kennen für eine bessere Kommunikation innerhalb und außerhalb Ihrer eigenen Seniorenvertretung.
- **18. bis 20. Juni** in Willich. Kultur pur: Kultur von-für-mit Senioren. Wissen Sie, was ein "Kulturführerschein" ist? Nein? Wir informieren und trainieren unter anderem auf der Grundlage des Düsseldorfer Netzwerkes gemeinsam mit dem Freien Werkstatt-Theater Köln. Erarbeitet wird eine Check-Liste der Möglichkeiten, wer, wann, wie und wo ein kulturelles Angebot für Senioren auf die Beine stellen kann. Warum dieses Seminar in Willich stattfindet? Weil es eingebunden ist in die gleichzeitig stattfindenden Willicher Seniorenwochen.
- **26. bis 28. August.** Kommunales Recht für Seniorenvertretungen. Beschrieben und erläutert werden Ratsgepflogenheiten und -beschlüsse. Es geht darum, durch Wissen mehr Selbstsicherheit gegenüber Politik und Verwaltung zu gewinnen. Sie arbeiten sich in die Mitwirkungsmöglichkeiten und Förderungen ein, die für Seniorenvertretungen möglich sind.

Zitat

"... erst dachte ich, nach der Berufstätigkeit ist alles vorbei, aber Mensch, da fängt vieles erst an."

Ein Senior nach einem Fortbildungsseminar

besonders fördern. Eine zerstörte Umwelt entzieht Menschen die Lebensgrundlagen. Aus diesem Grund sind alle drei Bereiche in die Agenda einbezogen worden. Agenda - Aktivitäten sollen alle drei Komponenten berücksichtigen. Die Landesseniorenvertretung

NRW hatte sich bereits 1997 in einer Zukunftswerkstatt mit der Thematik befasst. In ihrer damals veröffentlichten Pressemitteilung steht unter anderem:

Wir, die ältere Generation, sehen in dem in Rio 1992 verabschiedeten Beschlüssen zur Agenda 21

eine wichtige Handelsplattform. Wir stellen uns der Verantwortung an der Umsetzung - des Globalen Aktionsplanes zur Erziehung einer nachhaltigen gerechten Entwicklung - mitzuarbeiten.

Weiter ist zu lesen:

Zum schleichenden Wertewandel haben auch wir am Anfang gedankenlos beigetragen. Heute stehen wir ihm hilflos und oft wütend gegenüber. Unsere Ressourcenansprüche, unser Konsumverhalten, ließen uns vergessen, dass wir gegenüber unseren Kindern und Enkeln eine Verantwortung tragen. Diese neue Bewusstseinsbildung, die wir im Seminar erarbeitet und vertieft haben, hat die Bereitschaft zum Handeln geweckt. Die Gestaltung unserer Zukunft erfordert das Miteinander der Generationen und die Korrektur gesellschaftlicher Leitbilder. Hier wollen wir unsere Arbeit beginnen und auf Landesebene den Austausch pflegen.

Von politischer und gesellschaftlicher Seite erhielten wir wenig um nicht zu sagen keine Unterstützung.

Um so erfreulicher haben wir jetzt zur Kenntnis genommen, dass das Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes NRW im Frühjahr 2002 mit sechs Auftaktkonferenzen die Themen der Agenda 21 konkretisiert.

Die Landesseniorenvertretung NRW ist von Ministerin Bärbel Höhn gebeten worden, sich in den kommenden zwei Jahren gemeinsam mit der Landesregierung am Agenda - Prozess mit Rat und Tat



Teilnehmer des Seminars "Agenda 21", am 15. 01. 02 im Gesundheitshaus in Münster

zu engagieren und mitzuwirken. Dieser Bitte wollen wir uns nicht verschließen, doch bleibt die Frage zu klären, wer trägt für uns Ehrenamtliche die anfallenden Fahrt- und Übernachtungskosten, die seitens des Ministeriums abgelehnt werden.

Die Teilnehmer/innen des Seminars der LSV im Januar haben Empfehlungen erarbeitet, die mit einem Antrag zur Verabschiedung den Delegierten der Mitgliederversammlung vorliegt.

Hiltrud Wessling

WOHNBERATUNG ... und es geht nicht!

Nordrhein-Westfalen hat mehr Beratungsstellen als jedes andere Bundesland. Doch das in mehr als zehn Jahren gewachsene Beratungssystem ist in Gefahr. Eine Vereinbarung zwischen Land und Pflegekassen benachteiligt Pflege-

bedürftige und gefährdet die Existenz von Beratungsstellen. Die LSV NRW ist seit dem Frühjahr 2001 "am Ball", um Schlimmeres zu verhüten.

Als LSV haben wir die Aufgabe, die Interessen älterer Menschen zu vertreten und das Engagement älterer Menschen für das Gemeinwohl zu fördern. Die allseits bekannte Bevölkerungsentwicklung hat das Land dazu veranlasst, im Zusammenhang mit dem jetzt fast zehn Jahre alten Landesaltenplan, die Wohnberatung auszubauen. Wer die eigene Wohnung entsprechend den Bedürfnissen des Alters oder zur Bewältigung einer Krankheit verändern will, kann auf ein Angebot von fast einhundert Beratungsstellen zurückgreifen. Das Angebot ist zwar nicht flächendeckend, aber so groß wie nirgends sonst. Nicht ganz 40 dieser Beratungsstellen werden vom Land selbst anteilig gefördert. Diese Beratungsstellen, eigentlich Kern des landesweiten Angebots, sind zur Zeit die "Sorgenkinder" der LSV. Denn sie sind in Gefahr, nicht

durch eigenes Verschulden, sondern durch Vorgabe des Landes und der Pflegekassen.

Bis Ende 2000 wurden die Beratungsstellen zu je einem Drittel vom Land, von den kommunalen Gebietskörperschaften und den Pflegekassen finanziert. Das für die Betroffenen kostenlose Beratungsangebot wurde über die Jahre hinweg von immer mehr Menschen in Anspruch genommen. So wurden Unfälle verhindert, Krankheitsfolgen gemildert und häusliche Pflege erleichtert. Ambulant vor stationär, wie wir unser Alter sehen, fand hier Beachtung.

Im Sozial- und Gesundheitswesen wurden Millionenbeträge eingespart, wie Land und Pflegekassen stolz verkündeten. Doch dann stiegen die Pflegekassen aus dieser Finanzierung aus. Seit Januar 2001 müssen die Beratungsstellen für die Wohnberatung bei Pflegebedürftigen ein Beratungshonorar verlangen. Aber dieses Honorar wird nicht - was ja noch vertretbar wäre - von den Kassen gezahlt; es wird vielmehr als Teil des Umbauzuschusses - auf den Pflegebedürftige einen Anspruch haben - angesehen. Konkret heißt das: Wer als Pflegebedürftiger einen Zuschuss nach §40 Abs. 4 SGB XI bekommt und eine Beratungsstelle in Anspruch nimmt, vermindert damit seinen Zuschussanspruch, der bei höchstens 2556,46 € (DM 5.000) liegt, um das Beratungshonorar. Das Honorar betrug im letzten Jahr 200, 400 oder 600 DM, je nach Zeitaufwand. Seit 2002 beträgt es einheitlich DM 600,-- gleich 306,76 Euro.

Die LSV hat sich seit dem Frühjahr 2001 mit dieser Entwicklung befasst. Sie war schon ein Thema bei der Anhörung des Landtagssozi-

alausschusses. Im Sommer sprach der Vorstand sehr ausführlich mit Vertretern des Landes, der Pflegekassen und der Landesarbeitsgemeinschaft Wohnberatung NRW, die die Interessen der Beratungsstellen und ihrer Klienten vertritt. Auch im Landespflegeausschuss und bei einem Gespräch mit der Verbraucher - Zentrale NRW - als Koordination der landesgeförderten Wohnberatungsstellen - ging es um dieses Thema.

Wir halten die jetzige Regelung für unhaltbar und außerdem für unvereinbar mit den sozialpolitischen Zielen des Landes. Dafür haben wir folgende Gründe:

- Nur Pflegebedürftige bezahlen durch Zuschussminderung für die Beratung.

Alle anderen, ganz gleich wie vermögend oder gesund, werden weiterhin kostenlos beraten.

- Es zahlen aber nur die Pflegebedürftigen, die eine vom Land geförderte Beratungsstelle um Hilfe bitten. Wer vor Ort keine landesgeförderte Beratungsstelle oder gar keine hat oder sich nicht beraten lässt, behält den Zuschuss in voller Höhe.

Bereits jetzt geht die Zahl der Beratungsstellen zurück. Die LSV befürchtet einen weiteren Abbau der Beratungsstruktur, obwohl doch ihr Ausbau notwendig wäre. Die Wohnberatung ist hilfreich und unverzichtbar, wie die Verfasserin aus eigenem Erleben weiß. Gerade wer pflegebedürftig zu Hause versorgt, verdient jede Entlastung. Die Verbesserung der Wohnbedingungen gehört dazu. Die häusliche Pflege, die die Sozial- und Gesundheitskassen erheblich entlastet, ist für die Betroffenen meistens eine große seelische, kör-

perliche und finanzielle Anstrengung. Sie haben ein Recht auf unabhängige, fachkundige und unbürokratische Beratung. Daher werden wir uns dafür einsetzen, dass die Wohnberatung ausgebaut statt abgebaut wird. Die in der Landesarbeitsgemeinschaft Wohnberatung NRW zusammengeschlossenen Beratungsstellen haben Vorschläge gemacht, wie man aus dem vorhandenen Angebot ein lückenloses Netz für das ganze Land knüpfen kann. Auch für die Finanzierung liegen Vorschläge auf dem Tisch - im Sozialministerium genauso wie bei uns. Wir werden die politische Diskussion darüber weiterhin aufmerksam und aktiv begleiten.

Hiltrud Wessling

Hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für SV

Die Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen (LSV NRW) hatte eingeladen und viele Interessenten kamen zum Erfahrungsaustausch ins Gesundheitshaus der Stadt Münster. Angesprochen waren Verwaltungsmitarbeiter aus den Kommunen des Landes, die mit oder für Seniorenvertretungen arbeiten. Die Resonanz war so groß, dass noch zusätzliche Stühle herbeigeschafft werden mussten: 25 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Kommunen hatten sich angemeldet und weitere fünf kamen noch kurzfristig hinzu. Der Grund für das große Interesse lag auf der Hand: Immerhin wurde diesem Personenkreis zum ersten Male auf Landesebene die Mög-



Beginn einer guten Sache, Fortsetzung wird gewünscht!

lichkeit zum überregionalen Erfahrungsaustausch gegeben. Die Vorsitzende der LSV NRW freute sich über die rege Teilnahme und meinte: "Wir möchten den Mitarbeitern aus den Kommunen mit dieser Veranstaltung die Möglichkeit des Kennenlernens geben." Hiltrud Wessling nutzte die Veranstaltung auch, um den Teilnehmern die Strukturen und Arbeitsinhalte der LSV zu erläutern. Annette Goebel, Koordinatorin Altenarbeit in der Stadt Lünen und Barbara Eifert, die als wissenschaftliche Beraterin für die LSV tätig ist, wiesen darauf hin, wie wichtig diese Zusammenarbeit für die weitere Zusammenarbeit ist: "Im Rahmen eines

strukturierten Erfahrungsaustausches können Informationen weitergegeben werden, um die Transparenz zu erhöhen und perspektivisch eine stärkere Vernetzung zu erzielen." Und diese Anregung wurde von den Teilnehmern sofort aufgegriffen. Dabei wurde schnell deutlich, wie unterschiedlich die Zusammenarbeit zwischen den ehrenamtlichen Seniorenvertretern und den hauptamtlichen Verwaltungsmitarbeitern ist. Festzustellen war aber auch, dass von Grevenbroich bis Arnsberg, von Tecklenburg bis Siegen die Unterstützung der Seniorenvertretungen durch die Kommunen in den vergangenen Jahren deutlich vor-

angetrieben wurde. Hiltrud Wessling unterstrich, wie wichtig die Unterstützung durch die Verwaltung für den Erfolg der Seniorenvertretungen ist. Von den Teilnehmern wurde der Ruf nach einer besseren und deutlicheren Verankerung des seniorenpolitischen Engagements laut. Durch die von der LSV seit Jahren angestrebte Verankerung der Seniorenbeiräte in die Gemeindeordnung könnte dies erreicht werden. Einig waren sich die Anwesenden auch, dass diese Treffen künftig regelmäßig stattfinden sollten.

Manfred Jacobs, Seniorenbeauftragter der Stadt Willich
☎ (0 21 54) 94 96 53

Gay & Gray

Auf Wunsch des Verbandes der Lesben- und Schwulen in Köln gibt die Landesseniorenvertretung NRW folgende Kontaktadresse bekannt:

Gay & Gray Telefonberatung für Schwule ab 40

Informationen und Beratung an jedem Montag von 18 bis 20 Uhr:

Anschrift:

LSVD Geschäftsstelle Köln, Pipinstraße 7, 50667 Köln

☎ (02 21) 92 59 61 - 18

Senioren-Online

Gleich zwei Auszeichnungen innerhalb weniger Tage erhielt Senioren Online (SOL) für seinen Internet-Auftritt unter www.senioren-online.net.

Zum einen bewertete die Redaktion von Computer-Bild das Internet-Angebot für Menschen ab 55 mit der Gesamtnote 1,55. Zum anderen zeichnete der größte deutsche EDV-Verlag Data Becker die Homepage des Projekt-Verbandes mit dem begehrten "DATA BECKER Nr. 1 WebStar" aus.

Die LSV NRW gratuliert dazu herzlich und wünscht sich weiterhin eine gute Zusammenarbeit.

Aus den kommunalen Seniorenvertretungen

Arnsberg

Der Seniorenbeirat hat ein neues Faltblatt mit den Portraits und Adressen der Mitglieder herausgegeben

☎ (0 29 32) 52 90 54

botenen Informationsmöglichkeiten, die die Seniorenvertreter anbieten. Die Entwicklung der vergangenen zwei Jahre ist positiv zu bewerten. Aber vieles bleibt noch zu tun.

Dr. Rolf Kullik

☎ (0 20 64) 7 02 03

**Danke für die
zahlreichen Zuschriften!**
Die Redaktion

Dinslaken

Acht Jahre Seniorenvertretung

Die erste Amtsperiode war weitgehend dadurch bestimmt, die Infrastruktur zu schaffen, um arbeiten zu können, das heißt Kontaktstellen und Arbeitsschwerpunkt benennen, Geschäftsordnung und Satzung erstellen, Finanzierung regeln, Sprechstunden anbieten, Öffentlichkeitsarbeit betreiben und in Rats- und Fachausschüssen sowie in Arbeitskreisen präsent zu sein. Die Arbeit am Altenplan der Stadt Dinslaken ergab das Fundament für die weitere inhaltliche Arbeit für die zweite Amtszeit. Schwerpunkte waren die Themen: altengerechtes Wohnen, Wohnumfeld und Infrastruktur, Information und Beratung und vieles mehr. Der Vorsitzende Dr. Rolf Kullik erarbeitete eine Konzeption für eine Anlauf- und Beratungsstelle für Senioren. Neben der Arbeit an der Umsetzung des Altenplanes nahm die SV eine weitere Fülle von Aufgaben wahr. Das Verhältnis zu Politik und Verwaltung ist positiv, ebenso zur Presse. Wünschenswert ist eine stärkere Beteiligung der Senioren selbst an den ange-

Lüdinghausen

Bänke werden zu Rettungsinseln

Der Seniorenbeirat Lüdinghausen und seine "Bänker"

Sie gehören zum Lüdinghauser Stadtbild wie die zahlreichen Statuen und Wasserläufe: die Ruhebänke. Schmuckstücke sind sie allerdings nicht alle, manche haben unter Vandalismus zu leiden, manche sind einfach zugewuchert. Im vorigen Jahr wurde die Bitte an den Seniorenbeirat herangetragen, er solle sich doch mal um den Zustand der Ruhebänke in und um Lüdinghausen kümmern. Nachdem ein Mitglied in Eigeninitiative mit Säge und Heckenschere eine Bank aus Gestrüpp und Dornen freigelegt hatte, kamen dem Seniorenbeirat doch Bedenken, ob das nun seine Aufgabe sein könne. Als "Zeichen setzen" mache die Arbeit wohl Sinn, so dachten die Mitglieder; aber so unmittelbar Hand anzulegen sei nicht ihre Aufgabe.

Aus der Diskussion heraus wurde die Idee der "Bänker" geboren. Zwei oder drei der Mitglieder des Seniorenbeirates könnten jährlich das Lüdinghauser Gelände abra-

deln, um den Zustand der Bänke in Augenschein zu nehmen und dem städtischen Gartenbautrupps einige wertvolle Tipps geben. Daraus entsprang der Gedanke, es wäre doch praktisch, wenn alle Bänke nummeriert wären. So könnte jeder Spaziergänger durch einen Anruf beim zuständigen Amt auf eventuelle Schäden oder Verunkrautung aufmerksam machen.

Für die Nummerierung musste zunächst mal ein Verzeichnis der vorhandenen Bänke besorgt werden. H. Steenweg vom Hauptamt der Stadt zeigte sich sehr kooperativ, machte aber gleich darauf aufmerksam, dass das Verzeichnis der Stadt nicht auf dem aktuellen Stand sei und er auch nicht in der Lage sei, in absehbarer Zeit eine Erkundung im Gelände zu veranlassen, zumal die städtischen Gärtner für ihre Arbeit kein solches Bänkeverzeichnis benötigten. Das ausgehändigte Verzeichnis zeigte in der Tat, dass es für die Zwecke des Seniorenbeirates wenig geeignet war. Eine "Feldforschung" musste also den "Bänkern" zugemutet werden. Auf dem Stadtplan wurden fünf Bezirke aufgeteilt und alle bisher bekannten Bänke in diesen Bezirken eingetragen. Dann schwärmten also die SBR-"Bänker" nach diesem Plan aus, berichtigten und ergänzten das Verzeichnis und präzisierten den Standort der Bänke.



Der Lüdinghausener Seniorenbeirat bei der "Arbeit"

Nun kam der zündende Funke: Wenn alle Bänke mit Nummern versehen sind und ein Verzeichnis den genauen Standort jeder Bank angibt, ist es nicht nur möglich, Schäden und Mängel sofort zu melden, sondern jede Bank könnte auch eine Rettungsinsel darstellen. Ausgerüstet mit Handy kann zum Beispiel jemand die Meldung an den Rettungsdienst, Arzt oder Taxi durchgeben: "Ich sitze im Moment auf der Bank xy. Mir ist schlecht geworden, ich brauche Hilfe. . ." Ein Blick in das Bänkeverzeichnis informiert dann, wo der Unglückliche sich gerade befindet. Damit besäße Lüdinghausen das dichteste Rettungsnetz weit und breit, ein unschätzbare Service, nicht nur für die älteren Bürger und Bürgerinnen der Stadt. Inzwischen hat sich auch schon eine Sponsorin gefunden. Sie finanziert die Kosten von insgesamt rund 500 Euro für die erforderlichen Schildchen. Die ehrenamtlichen "Bänker" sind bei der Arbeit.

Gertrud Bouillon,

Vorsitzende des Seniorenbeirates

Lüdinghausen

☎ (0 25 91) 49 71

Münster

Seniorenrat Münster gründet internationale Arbeitsgemeinschaft

Der Seniorenrat Münster hat seine Kontakte zu benachbarten Seniorenvertretungen in der Region zum Anlass genommen, gemeinsam interessante Fragen zu erörtern und in konkrete Projekte umzusetzen. Hierbei war die Anregung der internationalen Förderung durch die Euregio-Behörde mit Sitz in Gronau hilfreich, auch die Senioren der Städte Enschede und Hengelo aus den Niederlanden mit einzubeziehen.

Ein erstes Treffen hat in Münster stattgefunden, bei dem auch die Vertreter aus Osnabrück dabei waren. In der Vorstellungsrunde wurde festgestellt, dass die Strukturen der niederländischen Seniorenräte wesentlich von den uns bekannten Formen abweichen. Ein weiter Bogen zwischen Mitsprache- und Anhörungsrechte war erkennbar. Das Gleiche wurde festgestellt nach Aufzählung der kommunal unterschiedlichen Themenauswahl und den damit gesetzten Prioritäten. Abgesehen von vielen nachbarschaftlichen Besuchen bei Veranstaltungen verschiedenster Art, war dieses für uns die erste interessante inhaltliche Diskussion von seniorenrelevanten Problemfeldern grenzüberschreitend.

Aus der Diskussion wurde schon erkennbar, dass sich eine weitere inhaltliche Zusammenarbeit für alle Vertretungen als sehr positiv auswirken würde. Es wurde deshalb beschlossen, die weitere Arbeit in einem Konzept von mindestens drei Jahren, mit finanzieller Unterstützung der Euregio, themenorientiert vorzubereiten.

Ein kleiner Arbeitskreis wird in Enschede gemeinsame Seminare und Veranstaltungen ausarbeiten. Die Termine wurden bereits festgelegt.

Der Seniorenrat Münster wird aktiv an der Ausgestaltung mitarbeiten, um auch aus internationalen Erfahrungen zu lernen. Über die Ergebnisse werden wir zu gegebener Zeit berichten.

Seniorenrat Münster e. V.

☎ (02 51) 2 00 68 88

Olpe

Arbeitsgemeinschaft Olper Senioren (AOS)

Die Olper Senioren haben zum Thema Altenpolitik Gedanken formuliert, die aus Platzgründen nur schlaglichtartig wiedergegeben werden:

Thema Altenpolitik - was wir wollen:

- Erfahrungen und Kenntnisse einbringen
- Teilhaben am gesellschaftlichen Leben
- Senioren wollen ihren Lebensabend unabhängig und selbstbestimmt gestalten
- die innere Sicherheit ist für Senioren ein besonderes Problem
- eine Vielzahl von Senioren will sich ehrenamtlich engagieren und braucht dazu entsprechende Information und Vermittlung

Die Senioren der AOS stellen fest:

- Die heutige Altenpolitik gestaltet die Gesellschaft von morgen!
- Die heutige Altenpolitik muss von allen Generationen gemeinsam betrieben werden!
- Die heutige Altenpolitik muss im Zeichen der Solidarität stehen!

- Die heutige Altenpolitik darf sich nicht auf Versorgungsfragen beschränken!

Walter Ackerschott
☎ (0 27 61) 6 18 32

Berichtigung, Ausgabe 38 NunRedenWir

Sprichwort:

Ein liebes Kind hat viele Namen. Das gilt abgewandelt auch für die Varianten: Seniorenrat, Seniorenvertretung, Seniorenbeirat usw.

So kam es zu einer unrichtigen Bezeichnung:

Richtig ist: **Aachen hat einen "Seniorenbeirat in der Stadt Aachen"**

Die Stadt Aachen ist für die Region das Oberzentrum. Daneben gibt es den "Seniorenbeirat des Kreises Aachen" mit mehreren Kommunen.

Seniorenvertretungen stellen sich vor

Nachfolgend stellen sich Seniorenvertretungen aus Nordrhein-Westfalen mit unterschiedlichen Konstituierungsverfahren und Existenzformen vor. Die Selbstdarstellungen erfolgen durch die Seniorenvertretungen und stellen keinen Beitrag der Redaktion der **NunRedenWir** dar.

Iserlohn

In Iserlohn reden die Senioren schon lange mit . . .

In der Stadt Iserlohn mit ihren rund 100.000 Einwohnern gibt es bereits seit 1990 einen Seniorenbeirat. In den nächsten 20 Jahren wird die Zahl der Menschen in Deutschland, die 60 Jahre und älter sind, auf ein Drittel der Bevölkerung ansteigen. Diese Entwicklung erfordert neue Überlegungen auch zur kommunalen Altenpolitik. Darum darf sie nicht nur auf Hilfe und Betreuung ausgerichtet sein, sondern muss zunehmend zur aktiven Gestaltung der dritten Lebensphase Mut machen und die nötigen Voraussetzungen schaffen.

Die Mitglieder des Iserlohner Seniorenbeirates werden in direkter Wahl von den über 60-jährigen Bürgerinnen und Bürgern gewählt. Zusätzlich entsenden die Fraktionen, die dem Rat angehören, jeweils eine Vertreterin oder einen Vertreter. Aus der Mitte der sieben

direkt gewählten Mitglieder wird der oder die Vorsitzende gewählt. Die vier Frauen und drei Männer des jetzigen Seniorenbeirates unter dem Vorsitz von Eva Kingreen arbeiten mit Teilnahme- und Anhörungsrecht in den Fachausschüssen des Rates mit. Tatkräftig unterstützt wird die Arbeit durch das städtische Sozialamt, das die Geschäftsführung wahrnimmt. Alle Sitzungen des Seniorenbeirates sind öffentlich. Termine, Versammlungsorte und die Tagesordnung werden jeweils in den Medien bekannt gegeben. Zu Beginn jeder Sitzung gibt es eine Einwohnerfragestunde.

Die Arbeit des Seniorenbeirates war in vielen Bereichen, wie zum Beispiel Verkehrssicherung, Straßenbeleuchtung, öffentlicher Personennahverkehr, Briefkästen, Friedhofsangelegenheiten, Ruhebänke erfolgreich. Aber auch zahlreiche größere Projekte hat der Seniorenbeirat angepackt. Die Beispiele verdeutlichen das intensive ehren-

amtliche Engagement:

- Begleitung des Aufbaus des ehrenamtlichen Dienstes der Stadt Iserlohn "Continue"
- Vorbereitung und Durchführung der Iserlohner Seniorentage
- Beratung der Planer des seniorengerechten, barrierefreien Seilerseebades
- Initiative zum Bau des gläsernen Aufzuges als Ersatz für die Rolltreppe am Schillerplatz
- Anregung zur Einrichtung eines Notruftelefons auf dem Hauptfriedhof
- Initiative zum Bau eines großen Parkplatzes am St. Elisabeth Hospital
- Beteiligung an Gestaltung und Durchführung von Seniorentanz- und Senioren-Spiel-Festivals
- Beratung der Planer bei der Beseitigung von Angsträumen in der Innenstadt

Die vielfältigen Aktivitäten und Erfolge des Beirates zeigen, wie

wichtig eine eigenständige Vertretung der Senioren ist. Vor diesem Hintergrund gewinnt diese Arbeit immer mehr Bedeutung bei der Vertretung der Interessen eines großen Teils der Iserlohner Einwohnerinnen und Einwohner.

Volker Cznottka

☎ (0 23 71) 2 17-20 71

Wesel

Besuchsdienst für Einsame und Internet-Café

Wesel ist eine Kreisstadt. Sie liegt am Zusammenfluss vom Rhein und Lippe, am Niederrhein. Es leben dort 64 500 Einwohner, von denen 15 000 über 65 Jahre alt sind. Wesel hat eine 750-jährige Geschichte und war früher eine bedeutende Hansestadt. Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges, im Februar 1945, wurde die Stadt über 90 Prozent zerstört. Für die älteren Menschen sind vier große Alten/Altenpflegeheime innerhalb der Stadtgrenze neu geschaffen worden. Dazu gibt es mehrere Altenbegegnungsstätten, die von der Stadt, den Kirchengemeinden und einigen Wohlfahrtsverbänden unterhalten werden.

Der erste vorläufige Seniorenbeirat der Stadt Wesel wurde 1978 ins Leben gerufen. 1981 konstituierte sich dann der Seniorenbeirat mit einer Satzung, die vorsah, einen Beirat bestehend aus 13 Mitgliedern zu bilden. Der Beirat wird von den Delegierten der verschiedenen Trägergesellschaften, wie den Wohlfahrtsverbänden, den Kirchengemeinden und den politischen Parteien für vier Jahre gewählt. Im November 2001 wurde nach vierjähriger Amtszeit der jetzt amtierende Seniorenbeirat neu

gewählt. Sieben Mitglieder stellten sich der Wiederwahl, sechs Mitglieder wurden hinzu gewählt. In der Überlegung ist, die Amtszeit auf fünf Jahre zu verlängern, um sie dem Turnus der Kommunalwahlen anzupassen.

Zur Erfüllung der Aufgaben steht ein eigener Etat zur Verfügung. Die Amtsräume befinden sich in der Außenstelle des städtischen Sozialbüros für Senioren. Die Büroräume sind in einer Seniorenbegegnungsstätte im Centrum der Stadt angesiedelt. Diese Konstellation hat sich als sehr positiv ausgewirkt, sowohl für die Information, als auch für die Kommunikation. Der Seniorenbeirat trifft sich regelmäßig, monatlich zu seiner Sitzung, die gleichzeitig auch als Sprechstunde für die älteren Bürger der Stadt angeboten wird. Außerhalb der Sprechzeiten sind die Beiratsmitglieder über das Sozialbüro telefonisch erreichbar. Der Vorstand des Beirates besteht aus drei Personen und steht in engem Kontakt zum Sozialbüro.

Wir als Seniorenbeirat sehen unsere Aufgabe darin, die Interessen und Anliegen der älteren Mitbürger in der Öffentlichkeit, bei Behörden und kommunalen Gremien zu vertreten und damit Einfluss zu nehmen auf gesellschaftspolitische und kulturelle Belange. So sind die Mitglieder des Seniorenbeirates als sachkundige Einwohner in den verschiedenen Ratsausschüssen wie im Sozial-, Kultur-, Bau- und Verkehrssicherungsausschuss vertreten. In der zurückliegenden Amtsperiode hat der Seniorenbeirat viele Aktionen für die älteren Bürgerinnen und Bürger der Stadt durchgeführt:

- eine Ausstellung zum Thema "Altern eine Herausforderung"

- Podiumsdiskussionen zu den Themen Erbrecht, Sicherheit im Straßenverkehr und zum Euro
- Vorträge und Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen
- Überarbeitung und Neuauflage des Seniorenratgebers der Stadt Wesel

Eine besondere Aufgabe haben wir uns mit der Einrichtung eines Internet-Cafés für Senioren gestellt. Diese Einrichtung erfolgte in Zusammenarbeit mit SOL - Senioren-OnLine - Das KompetenzNetzwerk -, das vom Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert wird. Durch diese Förderung des Landes, Spendenaufkommen und Eigenmittel ist es uns gelungen, im Frühjahr 2001 in der Seniorenbegegnungsstätte drei Internetplätze einzurichten. Seitdem helfen ehrenamtliche Betreuer zehn Stunden wöchentlich den interessierten Senioren mit dem neuen Medium umzugehen.

Außer diesen Aktivitäten können wir von einer weiteren Initiative berichten. Es wurden immer wieder Anfragen nach einem Besuchsdienst für vereinsame oder hilfsbedürftige ältere Menschen an uns gestellt. Wir selber sahen uns nicht in der Lage solche Aufgaben zu übernehmen. Bei Recherchen in unseren Nachbarstädten nach bereits bestehenden Projekten stieß wir auf das Dülmener Modellprojekt "Familienbildung 2010", NRW. In Anlehnung an dieses Projekt wurde ein Ausbildungsplan zum/zur freiwilligen Seniorenbegleiter/in für die älteren Menschen der Stadt Wesel in Kooperation mit verschiedenen sozialen Einrichtungen erarbeitet und durchgeführt. Der erste Ausbildungs-



Mitglieder des Seniorenbeirates der Stadt Wesel

kursus hat bereits mit 16 Teilnehmern im September 2001 begonnen. Nach Beendigung des theoretischen Teils und der Praktikumsphase in ambulanten und statio-

nären Senioreneinrichtungen schließt die Ausbildung mit einem Zertifikat ab.

Ein neues Ziel für das vor uns liegende Jahr ist eine Vernetzung

GGT umbenannt in: Deutsche Gesellschaft für Gerontotechnik

Schon heute ist jeder fünfte Bürger unserer Gesellschaft 60 Jahre und älter. Dieser Zahl ist eigentlich nichts hinzuzufügen, denn sie macht deutlich, welchen hohen Stellenwert die Arbeit der GGT sowohl für die Senioren als auch für die Wirtschaft hat. Auf Grund der bundesweiten Arbeit und der Einzigartigkeit in dieser Bandbreite wurde nun auch die Umbenennung in "Deutsche Gesellschaft für Gerontotechnik" beschlossen und anerkannt. Ein Besuch der Dauerausstellung mit benutzerfreundlichen Produkten oder eine Informations- oder Schulungsmöglichkeit sind immer empfehlenswert.

Komfort & Qualität heißt die neue Broschüre von der Deutschen Gesellschaft für Gerontotechnik. Sie enthält empfehlenswerte Produkte für den Lebensalltag älterer Menschen.

Kosten 3, -- Euro

Herausgeber:

GGT Deutsche Gesellschaft für Gerontotechnik mbH

Max-Planck-Straße 5, 58638 Iserlohn

Internet: www.gerontotechnik.de

aller Organisationen, die sich mit Angeboten für die Seniorenarbeit befassen, um eine bessere Koordination von Programmen und Veranstaltungen zu gewährleisten. Dazu werden wir uns weiter bemühen, Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben und unseren Einfluss auf die Politik zu nutzen. Wir stellen fest, dass es trotz vieler Bemühungen, immer wieder schwierig ist, die ältere Generation zu erreichen und zu mobilisieren.

Es würde uns interessieren, zu erfahren, wie andere Seniorenbeiräte solche Kontakte zu älteren Menschen herstellen.

Clemens Isfort

☎ (02 81) 6 01 92

ARBEITSGEMEINSCHAFT der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen

Ab dem 1. Januar 2002 ist der Vorsitzende der Geschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Landesverband NRW Herr Dr. Steinhausen. Die neue Anschrift lautet: Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen c/o Der Paritätische - Landesverband NW e. V., Loher Straße 7, 42283 Wuppertal

☎ (02 02) 28 22-4 29 Frau Rupps (Sekretärin)

Die Landesseniorenvertretung NRW dankt Herrn Kessmann für die gute Zusammenarbeit. Herrn Dr. Steinhausen wünschen wir eine glückliche Hand für die neuen Aufgaben und uns eine weitere gute Zusammenarbeit.

Ausstellung "Schönheit des Alters"

Im geriatrischen Reha-Zentrum Reuterstrasse in Bergisch Gladbach erleben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im täglichen Umgang mit älteren Menschen, dass deren Wohlbefinden nicht nur durch körperliche Beschwerden, sondern auch durch Einsamkeit und Mangel an gesellschaftlicher Anerkennung beeinträchtigt wird. Ältere Menschen werden oft schlicht überhört und übersehen. Mit diesem Altersbild wollte sich die Belegschaft des Reha-Zentrums jedoch nicht so einfach zufrieden geben. Zusammen mit dem Förderverein des Marien-Krankenhauses und des Reha-Zentrums Reuterstraße in Bergisch Gladbach wurde 1999, im "Jahr der Senioren", ein öffentlicher Fotowettbewerb ausgerufen, der anregen sollte, bei älteren Menschen genauer hinzuschauen und dabei auch die Vielfalt an Schönheit, Talent und Fähigkeiten im Alter zu entdecken. Schirmherren des Wettbewerbs, der für die Anerkennung älterer Menschen in der Gesellschaft werben sollte, waren die Bürgermeisterin von Bergisch Gladbach, Maria Theresia Opladen, und der Landrat Dr. Rolf Hahn. Die sieben Mitglieder der Jury kamen aus dem Reha-Zentrum, dem Förderverein des Marien-Krankenhauses, von der Stadt Bergisch Gladbach, dem Kölner Stadtanzeiger und der Bergischen Landeszeitung. Die Bewerber durften maximal fünf verschiedene Aufnahmen einsenden. In die Fotomotive sollten alle Aspekte von Schönheit einfließen (Körper, Gefühle, Lebenssituation, Talente). Die Bilder konnten ein Schnappschuss oder gestellt, Innen- oder Außenaufnahmen, Porträt oder Ausschnittaufnahme sein. Entscheidend war nur, dass das Foto die "Schönheit des Alters" entdeckt und abbildet.

Grußworte zum Gelingen des Fotowettbewerbs wurden auch von Johannes Heesters und seiner Frau Simone Heesters-Rethel übersandt. Sie hatte im gleichen Zeitraum einen Fotoband über ihren Ehemann, und zwar ebenfalls unter dem Titel "Schönheit des Alters", herausgebracht.

Die 43 ausdrucksstärksten Bilder des Wertbewerbes, darunter natürlich auch die der zehn Preisträger, wurden vom 6. Juni bis 25. Juli 2001 im Kuratorium Deutsche Altershilfe ausgestellt. Derzeit tourt die Ausstellung quer durch Deutschland.

Die Trägerinnen der ersten drei Preise waren:

Ute Glaser, 1. Preis: Hände eines alten Menschen und eines Kindes



Marlene Reuter, 2. Preis: Eis essende Dame unter einem Sonnenschirm

Anneliese Koch, 3. Preis: Schwarz-Weiß-Porträt eines alten Mannes

Die Ausstellung kann auch von anderen Einrichtungen ausgeliehen werden.

Termine und Konditionen können mit Gabriele Appel, Reha-Zentrum Reuterstraße, Reuterstraße 101, 51467 Bergisch Gladbach, ☎ (0 22 02) 1 27-0, E-Mail: Gabriele.Appel@mkhbggl.de, abgesprochen werden.

Impressum:

NUN REDEN WIR ist eine unabhängige, überparteiliche und konfessionell nicht gebundene Zeitung.

Herausgeber:

Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen e.V., Gasselstiege 13, 48159 Münster, Tel. 02 51/21 20 50, Fax 02 51/2 00 66 13

Internet: www.senioren-online.net/lsv-nrw

E-Mail: lsv-nrw@senioren-online.net

Gefördert mit Mitteln des Ministeriums für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf

V.i.s.d.P.: Hiltrud Wessling

Redaktion: Elke Seul (fdS), Irmgard Scheinemann

Korrektur: Elke Seul (fdS), Karin Rohkamm

Druck und Gestaltung: Joh. Burlage, Münster · Auflage: 3.000
Erscheinungsweise: viermal im Jahr

Alle namentlich gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Autoren wieder und stellen keinen Beitrag der Redaktion dar.

Die nächste Ausgabe erscheint im Juni 2002

und hat das Hauptthema "der ältere Mensch auf Reisen". Dazu bitten wir um ihre Mitarbeit. Schreiben Sie uns, der Redaktion NUN REDEN WIR, welche Erfahrungen - positiv oder negativ - Sie gemacht haben. Mit der Bahn, im Hotel, beim Tanken etc.

Redaktionsschluß: 15. Mai 2002